# Deutscher Bundestag 4. Wahlperiode

# Bundesrepublik Deutschland Der Bundeskanzler

Bonn, den 12. Juni 1964

7 — 80606 — 5491/64 —

An den Herrn Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

# **Entwurf eines Gesetzes**

zu der Vereinbarung vom 20. Dezember 1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über Soziale Sicherheit in bezug auf das Saarland und zu der Sechsten Zusatzvereinbarung vom 20. Dezember 1963 zum Allgemeinen Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950

nebst Begründung, Abdruck der Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über Soziale Sicherheit in bezug auf das Saarland und der Sechsten Zusatzvereinbarung zum Allgemeinen Abkommen zwischen der Bundesrepulbik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 betreffend die sozialversicherungsrechtliche Behandlung von gewissen Angehörigen dritter Staaten in deutscher und französischer Sprache und die Denkschrift hierzu, mit der Bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Der Bundesrat hat in seiner 270. Sitzung am 5. Juni 1964 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Entwurf keine Einwendungen zu erheben.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Mende

# Entwurf eines Gesetzes zu der Vereinbarung vom 20. Dezember 1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über Soziale Sicherheit in bezug auf das Saarland

# und zu der Sechsten Zusatzvereinbarung vom 20. Dezember 1963 zum Allgemeinen Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

### Artikel 1

Den folgenden, in Bonn am 20. Dezember 1963 unterzeichneten Vereinbarungen wird zugestimmt:

Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über Soziale Sicherheit in bezug auf das Saarland,

Sechste Zusatzvereinbarung zum Allgemeinen Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 betreffend die sozialversicherungsrechtliche Behandlung von gewissen Angehörigen dritter Staaten.

Die Vereinbarungen werden nachstehend veröffentlicht.

#### Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

### Artikel 3

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem die Vereinbarung nach ihrem Artikel 9 und die Sechste Zusatzvereinbarung nach ihrem Artikel 3 in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

# Begründung

### Zu Artikel 1

Die Vereinbarungen bedürfen nach Artikel 59 Abs. 1 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung der für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da auch das von den Ländern durchzuführende Verwaltungsverfahren geregelt wird.

### Zu Artikel 2

Die Vereinbarungen sollen auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlinklausel.

### Zu Artikel 3

Die Bestimmungen des Absatzes 1 entsprechen dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, an dem die Vereinbarungen für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

### Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

# Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über Soziale Sicherheit in bezug auf das Saarland

# Accord

entre la République Fédérale d'Allemagne et la France en matière de sécurité sociale en ce qui concerne la Sarre

# DIE REGIERUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND und DIE REGIERUNG

DIE REGIERUNG DER FRANZOSISCHEN REPUBLIK

HABEN IN DEM BESTREBEN, die bezüglich des Saarlandes zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich auf dem Gebiete der Sozialen Sicherheit bestehenden Fragen zu regeln,

AUF DER GRUNDLAGE des Artikels 7 der Verordnung Nr. 3 der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft über die Soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer

FOLGENDES VEREINBART:

# ABSCHNITT I Allgemeine Grundsätze

### Artikel 1

Während die Artikel 33, 34 und 35 des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Regelung der Saarfrage vom 27. Oktober 1956 sowie dessen Anhang 6 auf das Saarland über den festgesetzten Zeitpunkt hinaus vorläufig weiter angewandt worden sind, gelten vom Inkrafttreten dieser Vereinbarung an für das Saarland die zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich bestehenden vertraglichen Bestimmungen über Soziale Sicherheit, soweit nicht Abschnitte II, III und IV dieser Vereinbarung etwas anderes bestimmen.

### ABSCHNITT II

# Vorschriften über bestimmte Versicherungszeiten

# Artikel 2

Auf Versicherungsfälle, für die bereits vor Inkraft treten dieser Vereinbarung Leistungen von einem Träger einer Vertragspartei bindend festgestellt worden sind, ist der Abschnitt I der Zweiten Vereinbarung vom 18. Juni 1955 zur Ergänzung des Allgemeinen Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 sowie der Ersten, Zweiten und Vierten Zusatzvereinbarung zu diesem Abkommen nicht anzuwenden.

### ABSCHNITT III

### Ansprüche französischer Arbeitnehmer, die zwischen dem 1. Juli 1940 und dem 8. Mai 1945 im Saarland beschäftigt waren

### Artikel 3

Artikel 1 und 2 der Vierten Zusatzvereinbarung zum Allgemeinen Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit

### LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE

# LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE,

ANIMÉS du désir de régler les problèmes existant en matière de sécurité sociale entre la République Fédérale d'Allemagne et la France en ce qui concerne la Sarre,

AGISSANT sur la base de l'article 7 du Règlement no 3 de la Communauté Économique Européenne concernant la sécurité sociale des Travailleurs Migrants,

SONT CONVENUS des dispositions suivantes:

# TITRE I Principes Généraux

### Article 1er

Les articles 33, 34 et 35 du Traité du 27 octobre 1956 entre la République Fédérale d'Allemagne et la République française sur le règlement de la question sarroise, ainsi que l'Annexe 6 audit Traité ayant continué d'être appliqués provisoirement à la Sarre au-delà du terme initialement prévu, les dispositions conventionnelles existant en matière de sécurité sociale entre la République Fédérale d'Allemagne et la France s'appliqueront à partir de la mise en vigueur du présent accord au Land de Sarre, sous réserve des dispositions des Titres II, III et IV du présent Accord.

### TITRE II

# Dispositions relatives à certaines périodes d'assurance

### Article 2

Le Titre I de l'Avenant nº 2 du 18 juin 1955 à la Convention Générale du 10 juillet 1950 entre la République Fédérale d'Allemagne et la France sur la sécurité sociale et aux accords complémentaires nº 1, 2 et 4 à cette Convention, ne s'appliquera pas aux risques pour lesquels des prestations ont déjà été obligatoirement liquidées par l'institution d'une partie contractante avant l'entrée en vigueur du présent Accord.

### TITRE III

### Droits des travailleurs français occupés en Sarre entre le 1<sup>er</sup> juillet 1940 et le 8 mai 1945

### Article 3

Les articles 1 et 2 de l'Accord Complémentaire nº 4 à la Convention Générale du 10 juillet 1950 intervenue entre la République Fédérale d'Allemagne et la France sur

vom 10. Juli 1950 gelten weder für die dienstverpflichteten französischen Arbeitnehmer noch für die zu Freiarbeitern gewordenen ehemaligen französischen Kriegsgefangenen, die zwischen dem 1. Juli 1940 und dem 8. Mai 1945 im Saarland beschäftigt waren

### Artikel 4

Soweit es sich um Renten bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten sowie um Sterbegeld handelt, treten die Caisse Régionale de Sécurité Sociale in Paris und die Union Régionale des Sociétés de Secours Minières de l'Est gegenüber den deutschen Trägern in die Rechte der in Artikel 3 bezeichneten Arbeitnehmer ein.

#### Artikel 5

Durch die Zahlung der in Artikel 4 vorgesehenen Leistungen an einen französischen Träger wird der deutsche Versicherungsträger hinsichtlich dieser Leistungen von seiner Verpflichtung gegenüber dem Arbeitnehmer oder dem betreffenden anspruchsberechtigten Familienangehörigen befreit.

# ABSCHNITT IV Ubergangsbestimmungen

#### Artikel 6

Soweit Leistungen vor dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung gewährt oder Renten festgestellt worden sind, verbleibt es dabei.

# ABSCHNITT V Schlußbestimmungen

### Artikel 7

- (1) Die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten bestimmen, soweit erforderlich, durch Verwaltungsvereinbarungen gemeinsam die für die Durchführung dieser Vereinbarung notwendigen Maßnahmen.
- (2) Diese Vereinbarungen bestimmen insbesondere die Übergangsmaßnahmen, durch welche die Überleitung der Rentenzahlungen, die sich aus Artikel 1 ergeben, gewährleistet wird.

## Artikel 8

Diese Vereinbarung gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieser Vereinbarung gegenüber der Regierung der Französischen Republik eine gegenteilige Erklärung abgibt.

### Artikel 9

Die Regierung jeder Vertragspartei notifiziert der anderen die erfolgte Durchführung ihrer für das Inkrafttreten dieser Vereinbarung erforderlichen verfassungsrechtlichen Verfahren. Diese Vereinbarung tritt am ersten Tag des zweiten Monats, der auf den Zeitpunkt der letzten dieser Notifizierungen folgt, in Kraft.

# Artikel 10

(1) Diese Vereinbarung wird für die Dauer eines Jahres nach dem Zeitpunkt ihres Inkrafttretens geschlossen. Ihre Geltungsdauer verlängert sich stillschweigend von Jahr zu Jahr, es sei denn, daß sie drei Monate vor dem Ablauf der Geltungsdauer schriftlich gekündigt wird.

la sécurité sociale ne s'appliqueront ni aux travailleurs français du Service du Travail Obligatoire, ni aux exprisonniers de guerre français transformés en travailleurs libres, occupés en Sarre entre le 1er juillet 1940 et le 8 mai 1945.

### Article 4

En ce qui concerne les rentes accidents du travail et maladies professionnelles et les indemnités prévues en cas de décès, la Caisse Régionale de Sécurité Sociale de Paris et l'Union Régionale des Sociétés de Secours Minières de l'Est seront subrogées vis-à-vis des organismes allemands dans les droits des travailleurs visés à l'article précédent.

#### Article 5

Le versement par un organisme allemand à un organisme français des prestations prévues à l'article 4 ci-dessus libère l'organisme allemand de toute obligation à l'égard du travailleur ou de l'ayant droit intéressé en ce qui concerne lesdites prestations.

# TITRE IV Dispositions transitoires

### Article 6

Les prestations servies et les pensions ou rentes liquidées aux bénéficiaires du présent Accord antérieurement à la mise en vigueur de celui-ci ne peuvent être remises en cause.

# TITRE V Dispositions finales

### Article 7

- (1) Les autorités compétentes des deux États contractants détermineront, d'un commun accord, et en tant que de besoin, par le moyen d'arrangements administratifs, les mesures nécessaires à l'application du présent Accord.
- (2) Ces arrangements détermineront notamment les mesures transitoires propres à assurer la mise en œuvre des règles de paiement des pensions et rentes découlant de l'application de l'article 1er ci-dessus.

# Article 8

Le présent Accord s'appliquera également au Land de Berlin à moins que le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne ne fasse au Gouvernement de la République française une déclaration contraire dans un délai de trois mois à compter de l'entrée en vigueur du présent Accord.

### Article 9

Le Gouvernement de chacune des Parties contractantes notifiera à l'autre l'accomplissement des procédures constitutionnellement requises en ce qui la concerne pour l'entrée en vigueur du présent Accord. Celui-ci prendra effet le premier jour du deuxième mois qui suivra la date de la dernière de ces notifications.

# Article 10

(1) Le présent Accord est conclu pour une durée d'une année à compter de la date de son entrée en vigueur. Il sera reconduit tacitement d'année en année, sauf dénonciation qui devra être notifiée par écrit trois mois avant l'expiration de la durée de validité. (2) Tritt die Vereinbarung außer Kraft, so bleiben die gemäß dieser Vereinbarung getroffenen Maßnahmen und erworbenen Ansprüche anwendbar oder erhalten. (2) Les mesures qui auront déjà été adoptées et les droits qui auront été acquis conformément à l'accord continueront d'être appliqués ou respectés après que l'accord aura cessé d'être en vigueur.

GESCHEHEN zu Bonn, am 20. Dezember 1963 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist. FAIT à Bonn, le 20 décembre 1963 en deux exemplaires, en langue allemande et en langue française, les deux textes faisant également foi.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland: Pour le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne:

G. v. Haeften

G. v. Haeften

Für die Regierung der Französischen Republik: R. de Margerie Pour le Gouvernement de la République française: R. de Margerie Sechste Zusatzvereinbarung zum Allgemeinen Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 betreffend die sozialversicherungsrechtliche Behandlung von gewissen Angehörigen dritter Staaten

Accord Complémentaire N° 6 à la Convention Générale du 10 juillet 1950 entre la République Fédérale d'Allemagne et la France sur la sécurité sociale. Situation de certains ressortissants d'États tiers

DIE REGIERUNG
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
und
DIE REGIERUNG
DER FRANZOSISCHEN REPUBLIK

HABEN IN DEM BESTREBEN, die sozialversicherungsrechtliche Behandlung von gewissen Angehörigen dritter Staaten zu regeln,

FOLGENDES VEREINBART:

### Artikel 1

- (1) Staatsangehörige von Staaten, die nicht Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sind und mit denen Frankreich vor dem 1. Juli 1948 zweiseitige Abkommen über Soziale Sicherheit geschlossen hat, stehen bei Anwendung der Vorschriften, welche die Zusammenrechnung der nach deutschen und französischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten und gleichgestellten Zeiten für den Erwerb und die Berechnung von Renten aus den deutschen und den französischen gesetzlichen Rentenversicherungen (Versicherungen für den Fall der Invalidität, des Alters und zugunsten der Hinterbliebenen) sowie die Gewährung dieser Renten regeln, den französischen Staatsangehörigen gleich, sofern
  - a) die eingangs genannten Staatsangehörigen im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt waren und von dort vor dem 1. Januar 1924 ihren gewöhnlichen Aufenthalt nach Frankreich verlegt haben,
  - b) es sich um Versicherungszeiten oder gleichgestellte Zeiten handelt, die auf Grund und während der unter Buchstabe a genannten Beschäftigung in der deutschen gesetzlichen Rentenversicherung zurückgelegt worden sind und für die keine Leistungen von einem nichtdeutschen Träger gewährt werden und
  - die Staatsangehörigen oder deren Hinterbliebene sich gewöhnlich in Frankreich aufhalten.
- (2) Absatz (1) findet keine Anwendung, soweit dadurch erworbene Ansprüche beeinträchtigt werden.

### Artikel 2

Diese Vereinbarung gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieser

# LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE

et LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE,

DÉSIREUX de régler la situation de certains ressortissants d'États tiers en matière de sécurité sociale,

SONT CONVENUS DES DISPOSITIONS SUIVANTES:

### Article 1er

- (1) Les ressortissants d'État qui ne sont pas membres de la Communauté Économique Européenne et avec lesquels la France a conclu des conventions bilatérales sur la sécurité sociale antérieurement au 1er Juillet 1948, sont, en ce qui concerne l'application des dispositions règlementant la totalisation des périodes d'assurance et des périodes assimilées en vertu des législations allemandes et françaises pour l'acquisition et la prise en compte de pensions dues au titre des assurances-pensions légales françaises et allemandes (assurance invalidité et vieillesse, également applicables aux survivants) ainsi que l'octroi desdites pensions, assimilés aux ressortissants français, pour autant que:
  - a) les ressortissants mentionnés plus haut aient été occupés sur le territoire de la République Fédérale d'Allemagne et, de là, aient transféré leur résidence en France antérieurement au 1<sup>er</sup> janvier 1924;
  - b) qu'il s'agisse de périodes d'assurance ou périodes assimilées qui ont été accomplies sur la base et au cours de l'occupation mentionnée en a) au titre de l'assurance-pension légale allemande, et pour lesquelles il n'est pas servi de prestations par une institution autre qu'une institution allemande et
  - c) que lesdits ressortissants ou leurs survivants résident habituellement en France.
- (2) L'alinéa (1) ne peut, en aucun cas, avoir pour conséquence de réduire les droits acquis.

### Article 2

Le présent Accord s'appliquera également au Land den Berlin à moins que le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne ne fasse au Gouvernement de la Vereinbarung gegenüber der Regierung der Französischen Republik eine gegenteilige Erklärung abgibt.

### Artikel 3

Die Regierung jeder Vertragspartei notifiziert der anderen die erfolgte Durchführung ihrer für das Inkrafttreten dieser Vereinbarung erforderlichen verfassungsrechtlichen Verfahren. Diese Vereinbarung tritt am ersten Tag des zweiten Monats, der auf den Zeitpunkt der letzten dieser Notifizierungen folgt, in Kraft.

#### Artikel 4

Diese Vereinbarung wird für die Dauer eines Jahres nach dem Zeitpunkt ihres Inkrafttretens geschlossen. Sie wird, außer im Falle der Kündigung, die drei Monate vor Ablauf der Geltungsdauer schriftlich zu notifizieren ist, stillschweigend um jeweils ein Jahr verlängert.

GESCHEHEN zu Bonn, am 20. Dezember 1963 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

> Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland: G. v. Haeften

Für die Regierung der Französischen Republik: R. de Margerie République Française une déclaration contraire dans un délai de trois mois à compter de l'entrée en vigueur du présent Accord.

### Article 3

Le Gouvernement de chacune des Parties contractantes notifiera à l'autre l'accomplissement des procédures constitutionnellement requises en ce qui la concerne pour l'entrée en vigueur du présent Accord. Celui-ci prendra effet le premier jour du deuxième mois qui suivra la date de la dernière de ces notifications.

### Article 4

Le présent Accord est conclu pour une durée d'une année à compter de la date de son entrée en vigueur. Il sera reconduit tacitement d'année en année, sauf dénonciation qui devra être notifiée par écrit trois mois avant l'expiration de la durée de validité.

FAIT à Bonn, le 20 décembre 1963 en deux exemplaires, en langue allemande et en langue française, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne: G. v. Haeften

> Pour le Gouvernement de la République Française: R. de Margerie

#### Denkschrift

# A. Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über Soziale Sicherheit in bezug auf das Saarland

### I. Allgemeines

Durch den Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich zur Regelung der Saarfrage vom 27. Oktober 1956 (Bundesgesetzbl. II S. 1587) wurden die Beziehungen auf dem Gebiete der Sozialen Sicherheit zwischen dem Saarland und Frankreich vom 1. Januar 1957 bis zum 5. Juli 1959 — dem Ende der Übergangszeit (Artikel 3 Saarvertrag) — neu geregelt.

Zwischen dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und dem französischen Arbeitsministerium wurde bei Ablauf der Übergangszeit durch Briefwechsel die Weiteranwendung der Artikel 33 bis 35 des Saarvertrages und der Anlage 6 dazu mit der Maßgabe vereinbart, diese Absprache zu einem späteren Zeitpunkt durch eine ratifizierungsbedürftige Vereinbarung zu sanktionieren.

Durch die Weiteranwendung dieser Bestimmungen sollte insbesondere die Weiterzahlung der vollen französischen Familienzulagen an die saarländischen Grenzgänger sichergestellt werden.

Während nämlich nach der Zweiten Zusatzvereinbarung zum Allgemeinen Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 (System der Sozialen Sicherheit für Grenzgänger) — Bundesgesetzbl. 1951 II S. 191 — den in Frankreich beschäftigten deutschen Grenzgängern die Familienbeihilfen nach einem zwischen den zuständigen Verwaltungsbehörden vereinbarten Tarif gewährt wurden, sahen die Bestimmungen der Anlage 6 Teil E des Saarvertrages — Soziale Sicherheit der Grenzgänger — die Zahlung der vollen französischen Familienzulagen und der Zulagen zum Alleinverdienst vor.

Die am 20. Dezember 1963 unterzeichnete Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Familienbeihilfen für Grenzgänger sichert nunmehr jedoch allen in der Bundesrepublik Deutschland wohnenden Grenzgängern einen Anspruch auf die eigentlichen Familienbeihilfen und die Beihilfen bei Alleinverdienst nach den französischen Rechtsvorschriften zu.

Diese Vereinbarung tritt zu dem gleichen Zeitpunkt wie die Verordnung Nr. 36/63 EWG des Rates vom 2. April 1963 über die Soziale Sicherheit der Grenzgänger (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. 62 vom 20. April 1963, S. 1314), nämlich am 1. Februar 1964, in Kraft.

### II. Besonderes

Artikel 1 leitet die Anwendung der zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich bestehenden vertraglichen Bestimmungen über Soziale Sicherheit auf das Saarland über. Artikel 2 schließt eine rückwirkende Anwendung der in Abschnitt I der Zweiten Ergänzungsvereinbarung vom 18. Juni 1955 zum Allgemeinen Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 (Bundesgesetzbl. 1958 II S. 755) enthaltenen Bestimmungen über die Anwendung der Entscheidung des Rates des Völkerbundes vom 21. Juni 1921 (Baseler Schiedsspruch) — Reichsgesetzbl. S. 1289 — auf gewisse Versicherungszeiten aus.

Artikel 3 bis 5 tragen dem in Teil F der Anlage 6 zum Saarvertrag enthaltenen speziellen Bestimmungen Rechnung.

Artikel 6 enthält die Besitzstandsklausel.

Artikel 7 bildet die Grundlage für den Abschluß von Verwaltungsvereinbarungen durch die zuständigen Behörden.

Artikel 8 enthält die übliche Berlin-Klausel.

Artikel 9 sieht das Notifizierungsverfahren vor und legt den Zeitpunkt für das Inkrafttreten fest.

Artikel 10 bestimmt die Gültigkeitsdauer und enthält die Kündigungsklausel.

B. Sechste Zusatzvereinbarung zum Allgemeinen Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 betreffend die sozialversicherungsrechtliche Behandlung von gewissen Angehörigen dritter Staaten

### I. Allgemeines

Die Vereinbarung hat zum Ziel, gewisse polnische Staatsangehörige, die Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg verlassen haben und sich gewöhnlich in Frankreich aufhalten, in das deutsch-französische Abkommen über Soziale Sicherheit einzubeziehen und ihnen auch deutsche Renten zu gewähren.

Die Vereinbarung geht auf französisches Verlangen zurück. Die Frage hatte in der französischen Nationalversammlung zu erheblichen politischen Auseinandersetzungen geführt.

Es handelt sich nur um einige hundert Personen, da die Mehrzahl der seinerzeit nach Frankreich verzogenen Arbeitnehmer als Flüchtlinge oder Staatenlose bereits in das Abkommen einbezogen sind.

### II. Besonderes

Artikel 1 umschreibt den Personenkreis und stellt diesen den französischen Staatsangehörigen gleich.

Vor dem 1. Juli 1948 hat Frankreich mit Belgien (17. Januar 1948), Italien (31. März 1948), Polen (9. Juni 1948) und Großbritannien (11. Juni 1948) Abkommen über Soziale Sicherheit geschlossen.

Gegenüber Belgien und Italien ist die Bundesrepublik Deutschland auf Grund der EWG-Verordnungen Nr. 3 und Nr. 4 über die Soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer zur Anrechnung französischer Versicherungszeiten und zur Zahlung von Renten verpflichtet.

Die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Großbritannien haben die Vorläufigen Europäischen Abkommen über Soziale Sicherheit vom 11. Dezember 1953 (Bundesgesetzbl. 1956 II S. 507) ratifiziert,

so daß auch das deutsch-französische Abkommen über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 auf die britischen Staatsangehörigen anzuwenden ist.

Die getroffene Bestimmung hat daher nur für die polnischen Staatsangehörigen Bedeutung. Durch die Festsetzung eines Stichtages — 1. Januar 1924 — ist der Personenkreis begrenzt.

Artikel 2 enthält die übliche Berlin-Klausel.

Artikel 3 sieht das Notifizierungsverfahren vor und legt den Zeitpunkt für das Inkrafttreten fest.

Artikel 4 bestimmt die Gültigkeitsdauer und enthält die Kündigungsklausel.